

Armut in einem reichen Land?

Zwischen Angstpsychosen und Konsumlust

Alfred Frisch*

» Wenn Frankreich, statt die nicht erreichbare Befriedigung sämtlicher Wünsche aller Menschen anzustreben, auf die erzielten Wohlstandszuwächse und hohen sozialen Standards schaute, könnte es zu seiner gewohnten Gelassenheit zurückfinden.

Ein sozialpolitischer Pessimismus schwebt als dunkle Wolke über der französischen Gesellschaft. Angesichts realer oder imaginierter Gefahren, die man mit der Globalisierung, dem angelsächsischen Liberalismus oder auch europäischen Reformplänen in Verbindung bringt, sehen sich Bevölkerung wie Regierung in der nationalen Pflicht, das französische Sozialmodell mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. Gleichzeitig drängt sich dem distanzierten Betrachter der Eindruck eines Widerspruchs auf zwischen den häufig geführten Klagen über mangelnde Kaufkraft großer Teile der Bevölkerung einerseits und dem Selbstlob wegen eines im Vergleich zu Deutschland stärkeren Wirtschaftswachstums, das hauptsächlich mit der ungebrochenen Konsumlust eben dieser Bevölkerung erklärt wird.

Niemand kann bezweifeln, dass sich Frankreich in der Spitzengruppe der großen Industriestaaten befindet und hinsichtlich des Durchschnittseinkommens zu den reichsten Ländern der Welt zählt. Die neben der großen Sommerpause über das Jahr verteilten Schulferien haben zu einer beachtlichen Vermehrung vor allem der Wintersportreisen und damit nicht zuletzt zu einer bemerkenswerten Expansion der Fremdenverkehrsindustrie geführt. Auffällig ist ferner die ungebrochene Hochkonjunktur der Luxusgüterindustrie, die sich keineswegs nur auf den Export oder auf ausländische Touristen stützt, sondern

auch zu einem nicht geringen Teil auf die Ansprüche der französischen Bevölkerung zielt. Dies gilt etwa für Kosmetik, Parfum oder den kleinen Goldschmuck. Schließlich spricht es für eine nicht zu unterschätzende Wirtschaftskraft, dass die französische Exporte 2005 einen absoluten Rekordstand erreicht haben. Gewiss, das Land musste gleichzeitig einen hohen Fehlbetrag seiner Handelsbilanz hinnehmen, zum Teil bedingt durch den hohen Ölpreis, mehr aber noch durch den starken Inlandskonsum, der sich nicht zuletzt durch die beachtliche Kaufkraft der Bevölkerung erklärt.

Doch richten sich die Blicke der öffentlichen Meinung weniger auf den Konsum als auf die Kehrseite der Wohlstandsgesellschaft, auf ihre Obdachlosen, ihre Hungernden, die auf die Hilfe von Armenküchen angewiesen sind, auf die explosiven Spannungen in den nicht selten abbruchreifen Wohnkasernen im näheren Umkreis der großen Städte – mit Paris an der Spitze. Solche sozialen Gefahrenherde stehen in einem merkwürdigen Kontrast zu der Tatsache, dass Frankreich über eines der am besten ausgestatteten sozialen Schutznetze der Welt verfügt.

Natürlich ist auch Frankreichs Kranken- und Sozialversicherungssystem nicht ganz frei von Unvollkommenheiten, aber es braucht keinen Vergleich mit anderen Ländern zu scheuen. Es gibt kaum noch einen legalen oder illegalen Einwohn-

* Alfred Frisch ist Presse- und Rundfunkkorrespondent in Paris.

ner des Landes, der auf einen angemessenen und (bei sozialen Notlagen) kostenlosen Gesundheitsschutz verzichten müsste. In der überwiegenden Mehrheit aller schwereren Krankheitsfälle ist die Krankenhausbehandlung kostenlos. Und wo das offizielle Sozialversicherungssystem Lücken lässt, springen berufsgruppenspezifische beziehungsweise für höhere Einkommensgruppen private Zusatzkassen ein. Auch für Heilmittel, ärztlich verordnete Massagen, private Krankenpflegerinnen usw. übernehmen die verschiedenen Kassen fast die gesamten Kosten. Ausnahmen bilden lediglich Zahnprothesen und Brillen. Die Wartezeiten für nicht dringende Operationen halten sich in engen Grenzen. Deswegen mangelt es in französischen Kliniken nicht an ausländischen Patienten, nicht nur aus Europa mit den Briten an der Spitze, sondern auch aus Nordafrika und Nahost.

Mustergültiges Sozialsystem, problematische Banlieue

Ein weiterer Pfeiler des geradezu vorbildlichen französischen Sozialsystems ist eine trotz jüngster Kürzungen im internationalen Vergleich als großzügig zu bezeichnende Erwerbslosenversicherung, ergänzt durch ein verzweigtes Sozialhilfesystem. Dessen Basis ist das so genannte soziale Mindesteinkommen, das mit Zulagen für Ehepartner und Kinder aufgestockt werden kann. Dank weiterer Zuwendungen, insbesondere den Mietbeihilfen, ist diese Sozialhilfe nicht mehr fühlbar weit entfernt vom gesetzlichen Mindestlohn, der für eine nicht geringe Zahl von Arbeitnehmern bei Ganztagsbeschäftigung das unentbehrliche Existenzminimum garantiert. Eine zusätzliche soziale Rückdeckung stellen die sehr zahlreichen privaten Hilfsorganisationen bereit, die mit regelmäßigen, wenn auch nicht immer sehr substanzialen staatlichen Subventionen rechnen dürfen. Einige von ihnen stützen sich auf jeweils zehntausende ehrenamtliche Helfer.

Zu diesem positiven Bild wollen die vielen Obdachlosen, die, vor allem in den Wintermonaten, nicht immer eine Nachtquartier zur Verfügung haben. Insgesamt handelt es sich nach offi-

ziellen Schätzungen um rund 60 000 Menschen. Ein Teil von ihnen hat dieses harte Schicksal, der alten Tradition des französischen „clochard“ folgend, mehr oder minder freiwillig gewählt. Meist sind sie Opfer privater Schicksalsschläge, zerrütteter Familienverhältnisse, unglücklicher Scheidungen, der Spiel- und Wettleidenschaft usw.

Sieht man jedoch von dem nicht zu leugnenden Problem der Obdachlosigkeit ab, muss man feststellen, dass sich die Wohnverhältnisse in Frankreich während der letzten Jahrzehnte insgesamt erheblich verbessert haben. Noch um 1950 war ein Wohnkomfort, wie er heute als selbstverständlich gilt, in ländlichen Regionen weitestgehend unbekannt. Fließendes Wasser in der Wohnung war eine absolute Seltenheit. In den meisten Dörfern, waren die Straßen noch nicht gepflastert oder geteert. Aber auch in der Städten waren Wohnungen mit Bad oder Dusche noch in der Minderzahl. Am schlimmsten waren die Zustände in der meistens brachliegenden Bannmeile der großen Städte. Dort stieß man auf primitive Barackensiedlungen ohne Hygiene mit einem gelegentlichen Wasserhahn im Freien. Es gehört zu den heute vergessenen und ziemlich unterschätzten Leistungen der politisch Verantwortlichen des ersten Nachkriegsjahrzehnts, diesen schwerwiegenden sozialen Missstand recht schnell beseitigt zu haben. Sie konnten nicht ahnen, dass sich die in diesen Zonen oft technisch nicht sorgfältig genug errichteten Hochhäuser schrittweise in soziale Ghettos verwandeln und den materiellen Anforderungen oder missbräuchlichen Nutzungsweisen ihrer Bewohner nicht gewachsen sein würden. In einer ersten, längeren Phase überwog die traditionelle städtische Bevölkerung. Nach und nach wurde sie jedoch durch oft sehr kinderreiche Einwandererfamilien ersetzt, die noch nicht mit europäischem Wohnkomfort vertraut waren und ihrem gewohnten Lebensstil gegenüber den technischen, ästhetischen und ganz allgemein sozialen Erfordernissen ihrer neuen Umgebung den Vorzug gaben. So entstand nach und nach die zum nationalen und fast schon zum internationalen Schreckgespenst mutierte Banlieue, die einen dunklen Schatten auf das französische Sozial- und Intergrationsmodell insgesamt fallen ließ.

Man kann es ebenso als Zeugnis für den inzwischen erreichten Ausbau des Sozialstaates wie als Bestätigung zunehmender Armut betrachten, dass 2005 1,25 Millionen Menschen (200 000 mehr als 2002) eine monatliche Zuwendung zur Absicherung ihres Existenzminimums und 938 000 Personen, 7 Prozent mehr als im Vorjahr, eine so genannte Autonomiezuwendung erhielten, die dazu dient, die Folgen des Verlustes physischer Unabhängigkeit abzufedern. 85 Prozent der Begünstigten sind mindestens 75 Jahre alt, 58 Prozent leben noch in der eigenen Wohnung.

Angesichts solch umfassender Versorgungsansprüche stellt sich die Frage, weshalb es in Frankreich zu einer sozialen Angstpsychose kommen konnte, weshalb das Land auch schon offiziell in einer Krisenatmosphäre lebt mit der ernst genommenen Gefahr sozialer und politischer Ausbrüche. Die dauerhafte Arbeitslosigkeit reicht als Erklärung kaum aus, zumal sie deutlich niedriger liegt als in Deutschland und seit einiger Zeit auch wieder sinkt. Der tiefere Grund liegt wohl darin, dass die Kluft zwischen den Wünschenswerten und dem Realisierbaren immer stärker ins Bewusstsein gedrungen ist. Das sich täglich in verschiedenster Form den Menschen aufdrängende Angebot unserer Konsumgesellschaft geht weit über die Kaufkraft einer Mehrheit der Bevölkerung hinaus. Dadurch entsteht leicht ein Gefühl der Frustration, das in Frankreich in einem fast historisch verankerten Hang zum Neid einen gefährlichen und mitunter explosiven Nährboden findet. Wer in den USA viel und gut verdient, ist stolz auf seinen Erfolg und sieht keine Veranlassung, ihn zu verbergen. In Frankreich gehörte es hingegen stets zum guten Ton, den eigenen Wohlstand sehr diskret zu behandeln. Nicht zufällig wurden bis vor nicht langer Zeit die Villen der eleganten Städte mit hohen Mauern umgeben. „Glücklich leben heißt verborgen leben“, gehört seit Jahrhunderten zu den Grundregeln französischer Lebensphilosophie. Heute nun sind die Schranken der Diskretion abgebaut. Über Fernsehen, „People-Zeitschriften“ und Werbung sind die Bilder von ei-

nem Leben im Luxus in den Alltag aller eingedrungen. Jeder ahnt, wie andere, mit mehr Geld, als er selbst zur Verfügung hat, leben und ist so, je nach Temperament und Lebensphilosophie, dem Gefühl des Neids oder der sozialen Unzufriedenheit ausgesetzt. Selbst die mittleren Einkommensgruppen sind durch die gewachsene Kluft zwischen den neuen Angeboten und den eigenen Möglichkeiten verunsichert. Etwa 50 Prozent der Haushalte sind Eigentümer ihrer Wohnung und zu einem guten Teil deswegen langfristig verschuldet. Hier wirkt sich auch die 35-Stunden-Woche als Belastung der Familienbudgets aus, denn sie bremst den Anstieg der Einkommen, vermehrt aber die Freizeit, bei deren Gestaltung gerne Kosten anfallen.

„Selbst die mittleren Einkommensgruppen sind durch die gewachsene Kluft zwischen den Angeboten der Konsumgesellschaft und den eigenen Möglichkeiten verunsichert.“

Die moralische Begründung für diese Unzufriedenheit liefert das revolutionär-republikanische Versprechen der Gleichheit. Zwar wurde dieses Versprechen noch zur Revolutionszeit zu einem Versprechen der Gleichheit vor dem Gesetz abgeschwächt und später als Versprechen der Chancengleichheit interpretiert, aber seit der Popularisierung des Luxus drängt die Gleichheitsforderung die nach den allen gleichermaßen zuzugestehenden Chancen völlig in den Hintergrund. Die Propagandisten der Gleichheit können sich auf die offizielle Statistik stützen, welche die Bevölkerung in zehn Einkommensgruppen aufteilt und in der Spanne zwischen der obersten und der untersten Gruppe einen Indikator für soziale Ungleichheit erkennt. In früherer Zeit war es hingegen üblich, zeitliche Vergleiche über die Entwicklung der Einkommen in bestimmten Kategorien anzustellen, um daraus Indizien für den sozialen Fortschritt zu gewinnen. Bestimmend war nicht die Frage nach der Verringerung von Ungleichheiten, sondern die nach Verbesserung der Lebensbedingungen, vor allem der ärmeren und mittleren Schichten. Hätte man diese Methode nicht aus vielerlei politischen Gründen in

den Hintergrund gedrängt, wüsste man heute, dass nicht nur die Reichen reicher, sondern auch die Armen weniger arm geworden sind. Niemand kann ernstlich bestreiten, dass ein Sozialhilfeempfänger oder Arbeitsloser heute in Frankreich besser lebt als vor 50 Jahren ein Arbeiter der unteren Einkommensgruppen. Doch tritt der soziale Fortschritt im öffentlichen Bewusstsein heute hinter die erhöhten Anforderungen an Konsummöglichkeiten und vor allem an den Staat zurück.

Zu einer Belastung der sozialen Atmosphäre wurden schließlich auch die Irrwege der Bildungspolitik. Man glaubte, die Gleichheit zu befördern, indem man für alle Schüler bis 16 Jahre ein einheitliches Lehrprogramm aufstellte, das 80 Prozent jedes Jahrgangs zum Abitur und zur Universität führen sollte. Und man brauchte lange, um zu erkennen, dass nicht alle zu allem begabt sind. Viel zu lange wurde die berufliche Ausbildung vernachlässigt. So ging die Schere zwischen den Angeboten der Schule und dem Bedarf der Wirtschaft immer weiter auseinander. Auch beim Zugang zum Hochschulstudium kommt zwar staatliche Steuerung zum Zuge, aber sie weist in die falsche Richtung. So gilt für Mediziner und Krankenschwestern ein Numerus clausus, obwohl

man für beide Berufe längst auf Einwanderer angewiesen ist. Andere Studiengänge, für die es kaum eine Nachfrage gibt, wie etwa Philosophie oder Soziologie, sind dagegen von Zulassungsbeschränkungen befreit und produzieren Fachleute, deren Berufsaussichten äußerst gering sind. Man versteht unter diesen Umständen die Zukunftsängste vieler Studierender und Oberschüler.

Neben den durch die genannten Probleme bedingten Verunsicherungen ist die Bevölkerung auch noch mit der Angstpsychose der Globalisierung und des europäischen Erweiterungsprozesses konfrontiert, gerade auch wegen deren tatsächlichen oder befürchteten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die auch von den Regierenden ausgegebene Parole zur Beschwichtigung lautet schlicht Protektionismus, als ob man nicht wüsste, dass nicht nur Frankreich, sondern auch Europa schon lange nicht mehr in der Lage sind, sich wirkungsvoll gegenüber dem Rest der Welt abzuschotten. Man kann nur wünschen, dass Frankreichs verantwortliche Kräfte möglichst bald die Konsequenzen aus diesem Wissen ziehen und sich von der protektionistischen neopatriotischen Rhetorik verabschieden.